

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

18. Nov. 1992

Décision

Decisione

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die
 Rückkaufaktion von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite
 vom März 1992

Aufgrund des Antrags des EVD vom 29. Sep. 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

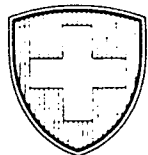
1. Das EVD wird im Anschluss an die Rückkaufaktion der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite vom März 1992 und bis zu den eigentlichen Entschuldungsverhandlungen ermächtigt, die im Rahmen der multilateralen Vereinbarungen des Pariser Clubs anfallenden bilateralen Umschuldungsabkommen mit den folgenden 22 Entwicklungsländern abzuschliessen: Bolivien, Ecuador, Elfenbeinküste, Guinea, Guinea-Bissau, Honduras, Jordanien, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Nicaragua, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Tansania, Togo, Zaire und Zentralafrikanische Republik. Dies, sofern die Modalitäten gemäss Ziffer 2 erfüllt sind. Die Abkommen erstrecken sich auf die Schuldentitel im Besitz des BAWI, Stand 18.11.92.
2. Die Modalitäten richten sich nach den sogenannten "Houston"- und "Trinidad"-Bedingungen und sind die folgenden:
 - "Houston": Umschuldung zu marktnahen Zinssätzen mit einer Konsolidierungsperiode von bis zu 30 Jahren und einer Karenzfrist von bis zu 15 Jahren.
 - "Trinidad": Umschuldung mit einem Konzessionalitätsgrad von bis zu 70% auf Basis des Gegenwartswerts.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung der bilateralen Umschuldungsabkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.
4. Der Bund verzichtet auf den Kauf weiterer Schuldentitel auf dem internationalen Markt.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	6	-
		EVED		
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

Musalt Müller





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2120.6

Bern, 29. September 1992

An den Bundesrat

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite vom März 1992

1. Ausgangslage

Im Zusammenhang mit den Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier wurde schweizerischen Exporteuren Ende März 1992 eine Offerte zum Rückkauf der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite gegenüber 22 mehrheitlich afrikanischen Entwicklungsländern unterbreitet¹. Die Banken und Exporteure, welche Ausstände zu verzeichnen hatten, haben sich mit insgesamt 95% ihrer Forderungen an der Rückkaufaktion beteiligt. Der bezahlte, marktnahe Durchschnittspreis belief sich auf 18%. Das gesamte durch diese Aktion erreichte Entschuldungsvolumen der 22 Länder dürfte rund 1,1 Mrd SFr betragen, wobei der Selbstbehaltsanteil der Exporteure rund 30% und die Guthaben der ERG rund 70% betragen². Die Auszahlung des Kaufpreises für die Rückkäufe der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite wird im vierten Quartal 1992 erfolgen³. Zu gegebenem Zeitpunkt werden mit den betroffenen Entwicklungsländern Entschuldungsverhandlungen geführt.

2. Umschuldungsabkommen

Der Zeitpunkt der Entschuldungsverhandlungen kann von Land zu Land variieren, denn er hängt prinzipiell von zwei Faktoren ab⁴:

1. Gemäss Bundesratsbeschluss vom 16. März 1992 (unveröffentlicht) basierend auf dem Antrag des EVD an den Bundesrat vom 10. März 1992 mit dem Titel: "Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier: Aufkauf Selbstbehalte im Rahmen ERG-garantierter Kredite gegenüber ärmeren Entwicklungsländern".
2. Länderspezifische Guthaben aus der Rückkaufaktion, siehe Beilage 2; alle Angaben sind approximativ, definitive Zahlen werden erst nach der Schlussabrechnung der ERG vorliegen (voraussichtlich Ende 1992).
3. Zum allgemeinen Stand der Entschuldungsmassnahmen des BAWI im August 1992, siehe Beilage 3.
4. Siehe dazu weitere Ausführungen in Beilage 3.

- Erstens müssen die Grundbedingungen der Entschuldung, wie sie in der Botschaft des Bundesrates vom 30. Januar 1991 (BBl. 1991 I 753, 782) festgelegt sind, erfüllt sein (unter anderem müssen mittelfristige Wirtschaftsreformmassnahmen und ein angepasstes Schuldenmanagement feststellbar sein). Es wird auch das Konzept "Good Governance" (Rechtsstaatlichkeit)⁵ berücksichtigt.
- Zweitens werden in der Zukunft im Rahmen der schweizerischen Entschuldungsmassnahmen bei einigen der 22 Länder kommerzielle Guthaben auf dem internationalen Sekundärmarkt zurückgekauft werden⁶; diese Aktion wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Sie wird vorgenommen, um die Wirksamkeit des schweizerischen Entschuldungsvolumens bei ausgewählten Ländern zu erhöhen und/oder um ein bestimmtes Volumen von lokalen Gegenwertfonds zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten bzw. -programmen zu erreichen⁷.

Diese Vorgehensweise bedeutet, dass zwischen dem Zeitpunkt des Rückkaufs der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite und der eigentlichen Entschuldung der betreffenden Entwicklungsländer Monate vergehen können. Der Bund wird demnach - von Fall zu Fall unterschiedlich lange - vorerst Gläubiger der ERG-garantierten Guthaben bleiben. Um in dieser Zeitspanne, die in den meisten Fällen zwei Jahre nicht überschreiten sollte, seine Position im Hinblick auf die Entschuldungsverhandlungen nicht zu schwächen, wird der Bund gegenüber den 22 Ländern weiterhin als Gläubiger im Pariser Club auftreten. Bis zum Moment der eigentlichen Entschuldung werden deshalb im Rahmen des Pariser Clubs mit den betreffenden Ländern periodisch bilaterale Umschuldungsabkommen abgeschlossen⁸ (in der Beilage Beispiel eines bilateralen Umschuldungsabkommens, wie sie im Rahmen des Pariser Clubs mit den Schuldnerländern ausgehandelt werden). Hierfür wird mit vorliegendem Antrag die Bewilligung des Bundesrates eingeholt.

3. Zweck und Begründung des Antrags

Aufgrund der obigen Ausführungen und zur Vereinfachung der administrativen Arbeit des BAWI wird spezifisch die Ermächtigung für das EVD beantragt, im Anschluss an die Rückkaufaktion der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite vom März 1992 und bis zu den eigentlichen Entschuldungsverhandlungen die im Rahmen des Pariser Clubs anfallenden bilateralen Umschuldungsabkommen mit den 22 Entwicklungsländern abzuschliessen; dies, sofern die Modalitäten gemäss Kapitel 4 dieses Antrags erfüllt sind. Da für diese Länder

-
5. Genauere Definition des Konzepts "Good Governance": Art und Weise, in der die Regierung die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen eines Landes für seine Entwicklung nutzt, geprägt durch die Prinzipien Transparenz, Effizienz, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit.
 6. Gemäss Bundesratsbeschluss vom 18. Dezember 1991 (unveröffentlicht), Titel: "Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier: Aufkauf kommerzieller, nicht ERG-garantierter Guthaben gegenüber ärmeren Entwicklungsländern", basierend auf dem Antrag des EVD an den Bundesrat vom 4. Dezember 1991.
 7. Zum Konzept der Aeufnung von lokalen Gegenwertfonds im Rahmen der Entschuldungsmassnahmen, siehe Botschaft des Bundesrates vom 30. Januar 1991 (BBl. 1991 I 753, 793-796).
 8. Eine Ausnahme stellt Nicaragua dar, mit dem - trotz Treffen im Pariser Club - kein bilaterales Umschuldungsabkommen bis zu den Verhandlungen über die Entschuldung (voraussichtlich erste Hälfte 1993) abgeschlossen werden soll; dies angesichts des geringen Volumens der ausstehenden Forderungen im Verhältnis zu den administrativen Aufwendungen auf Seiten der Schweiz sowie Nicaraguas. Signifikant negative Aenderungen in den Bereichen Wirtschaftsreformpolitik und "Good Governance" können jedoch eine Abkehr dieser Ausnahmeregelung bewirken.

gemäss Botschaft des Bunderates vom 30. Januar 1991 (BB1. 1991 I 753, 793) die gesamten, jetzt im Portefeuille des BAWI sich befindenden Schulden erlassen werden sollen, drängt sich auch aus diesem Grund ein einziger Antrag an den Bundesrat auf.

4. Rechtliche Grundlagen und Finanzierung

Der Bundesbeschluss vom 5. Oktober 1990 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen (SR 973.20) ermächtigt den Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland. Gemäss Bundesratsbeschluss vom 14. Januar 1981 (unveröffentlicht) soll bei Schuldenkonsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierungen sollen daher in Form eines Zahlungsaufschubs abgewickelt werden.

Die in Aussicht genommenen Umschuldungsabkommen werden zu Bedingungen ausgehandelt, welche vorher im Rahmen des Pariser Clubs festgelegt sind. Die jeweiligen Umschuldungsmodalitäten für die 22 in Frage kommenden Entwicklungsländer sind die folgenden:

Zur Zeit in Anwendung sind die sogenannten "Houston-" und "Trinidad"-Bedingungen. Bei ersteren handelt es sich um Umschuldungsbedingungen für Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen (untere Kategorie) zu einem marktnahen Konsolidierungszinssatz, wobei die in Frage kommenden, kommerziellen Fälligkeiten bei einer Karenzfrist von rund 8 Jahren über ca. 15 Jahre konsolidiert werden. Bei den "Trinidad"-Bedingungen, welche bei den Entwicklungsländern mit tiefem Einkommen Anwendung finden, werden diese Fälligkeiten zu einem konzessionellen Konsolidierungszinssatz über 23 Jahre, ohne Karenzfrist, umgeschuldet (dies ist Option B, welche die Schweiz wählt); die Konzessionalität beträgt bei allen Optionen 50% auf Basis des Gegenwartswerts. Bereits in Diskussion bzw. Abklärung stehen die Abänderung der "Houston-" und "Trinidad"-Bedingungen, wobei weitere Zugeständnisse in Form von Schulden- und Schuldendiensterleichterungen ins Auge gefasst werden. So wird im ersteren Fall eine Umschuldungsperiode von ca. 30 Jahren (rund 10-15 Jahre Karenz) anvisiert, bei den "Trinidad"-Bedingungen hingegen ein Konzessionalitätsgrad von gegen 70%.

Angesichts dieser international im Konsens gefällten Modalitäten, welche bei einzelnen bilateralen Umschuldungsabkommen nur einen relativ engen Spielraum für die Beeinflussung belassen, der technischer Natur ist, rechtfertigt es sich, im Rahmen der genannten Modalitäten das EVD zum Abschluss solcher Umschuldungsabkommen zu ermächtigen. Die Subdelegation an das EVD ist unter diesen Umständen zulässig (VPB 51, 1987, Nr.58, Ziff.10). Umschuldungsabkommen, welche den sogenannten Modalitäten nicht entsprechen, müssten dem Bundesrat vorgelegt werden. Mit diesem Antrag sind keine budgetwirksamen Ausgaben verbunden.

5. Konsultationen und Antrag

BK, EDA (DEH, FWD), EJPD (BJ) und EFD (EFV) wurden konsultiert und sind mit diesem Antrag einverstanden. Aufgrund der vorstehenden Erwägungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

[Handwritten signature]

Beilagen:

- Beschlussdispositiv
- Länderspezifische Guthaben aus der Rückkaufaktion vom März 1992
- Stand der Entschuldungsmassnahmen des BAWI im August 1992
- Beispiel eines bilateralen Umschuldungsabkommens, wie sie im Rahmen des Pariser Clubs mit den Schuldnerländern ausgehandelt werden

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- EJPD
- EFD

Protokollauszug an:

- BK (1)
- EDA (GS 1, PAII 1, FWDF 1, DV 1, DEH 2)
- EJPD (GS 1, BJ 1)
- EFD (GS 1, EFV 1)
- EVD (GS 1, BAWI 5)

**Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion von Selbstbehalten
ERG-garantierter Kredite vom März 1992**

Aufgrund des Antrags des EVD vom 29. September 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das EVD wird im Anschluss an die Rückkaufaktion der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite vom März 1992 und bis zu den eigentlichen Entschuldungsverhandlungen ermächtigt, die im Rahmen der multilateralen Vereinbarungen des Pariser Clubs anfallenden bilateralen Umschuldungsabkommen mit den folgenden 22 Entwicklungsländern abzuschliessen: Bolivien, Ecuador, Elfenbeinküste, Guinea, Guinea-Bissau, Honduras, Jordanien, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Nicaragua, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Tansania, Togo, Zaire und Zentralafrikanische Republik. Dies, sofern die Modalitäten gemäss Ziffer 2 erfüllt sind.
2. Die Modalitäten richten sich nach den sogenannten "Houston"- und "Trinidad"-Bedingungen und sind die folgenden:
 - "Houston": Umschuldung zu marktnahen Zinssätzen mit einer Konsolidierungsperiode von bis zu 30 Jahren und einer Karenzfrist von bis zu 15 Jahren.
 - "Trinidad": Umschuldung mit einem Konzessionalitätsgrad von bis zu 70% auf Basis des Gegenwartswerts.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung der bilateralen Umschuldungsabkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

Beilage 2

Länderspezifische Guthaben aus der Rückkaufaktion vom März 1992

Approximative Schätzung des Entschuldungsvolumens bzw.
Schuldentitel im Besitz des BAWI - Stand Juli 1992

(basierend auf der Rückkaufaktion vom März 1992)

Länder	Nominalschulden (Selbstbehalte der Exporteure und ERG-Guthaben)	bezahlter Preis (für die Selbst- behalte der Ex- porteurere)
	(Mio SFr)	(%)
Bolivien	41	18
Ecuador	31	27
Elfenbeinküste	278	15
Guinea	10	23
Guinea-Bissau	13	20
Honduras	56	28
Jordanien	17	39
Kamerun	18	25
Kongo	16	12
Madagaskar	9	48
Mali	3	14
Nicaragua	2	13
Peru	160	19
Philippinen	45	54
Sambia	22	17
Senegal	19	41
Sierra Leone	27	11
Sudan	83	7
Tansania	30	25
Togo	183	25
Zaire	20	17
Zentralafr. Rep.	23	14
Summe	1103	* 18

* gewichtet nach Selbstbehalten der Exporteure

Beilage 3

Stand der Entschuldungsmassnahmen des BAWI im August 1992

1992 steht vor allem im Zeichen der bilateralen Aktionen (geschätzter gesamter Mittelaufwand rund 85 Mio SFr). Bilaterale Entschuldungsaktionen dauern länger, da unter anderem das angestrebte Entschuldungsvolumen sich aus vier verschiedenen Kategorien von Schuldentiteln zusammensetzen kann. Prinzipiell gilt, dass Verhandlungen über die Entschuldung mit einem Land erst begonnen werden, wenn ein zuvor vom BAWI definiertes Entschuldungsvolumen erreicht ist. Die bilateralen Aktionen stehen zur Zeit in der Phase des Rückkaufs; dieser läuft auf vier Ebenen ab:

- Bereits im Dezember 1991 hat das BAWI eine Rückkaufaktion kommerzieller Schulden gegenüber Schweizer Geschäftsbanken durchgeführt; die Beteiligung war relativ gering und erbrachte 12 Mio SFr Nominalschulden für drei Länder (Sierra Leone, Sudan, Togo) zu einem marktmässigen Durchschnittspreis von 6%.
- Im März 1992 führte das BAWI eine Rückkaufaktion ERG-garantierter Schulden gegenüber schweizerischen Exporteuren für 22 mehrheitlich afrikanische Länder durch.
- Voraussichtlich im September 1992 wird das BAWI eine Rückkaufaktion kommerzieller Schulden gegenüber schweizerischen Exporteuren zu marktmässigen Preisen durchführen (nicht-garantierte Schuldentitel; analoge Aktion wie bei den Schweizer Geschäftsbanken). Das potentielle Volumen der Schulden steht zur Zeit in Abklärung.
- In der zweiten Hälfte 1992 wird für einige Länder der Rückkauf auf dem internationalen Sekundärmarkt (kommerzielle Schulden gegenüber internationalen Geschäftsbanken) geplant; dieser Rückkauf geschieht über einen spezialisierten Agenten.

Zur Zeit werden die Länder im BAWI in vier Kategorien eingeteilt. Die Einteilungskriterien richten sich prinzipiell nach den in der Botschaft des Bundesrates vom 30. Januar 1991 (BBl. 1991 I 753) aufgeführten Bedingungen (in erster Linie Wirtschaftsreformmassnahmen und Schuldenmanagement). Ein wichtiges Kriterium stellt auch die Verschuldung und das Konzept "Good Governance" dar. Zusätzlich finden die Vorstellungen der DEH und der "Entschuldungsstelle der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke"⁹ Eingang, welche diese an der Sitzung im DEH vom 7. Mai 1992 geäussert haben. Die vier Kategorien lauten:

- (i) Länder, bei denen ein Rückkauf kommerzieller Schulden auf dem internationalen Sekundärmarkt in der zweiten Hälfte 1992 vorgesehen ist (Verhandlungen über Entschuldung später),

9. Das BAWI und die DEH haben mit dieser Stelle einen Konsultantenvertrag über Studien und Abklärungen im Rahmen der Durchführung von Entschuldungsmassnahmen sowie über die Vorbereitung und Abwicklung von Projekten und Programmen, welche im Rahmen von Entschuldungsmassnahmen über lokale Gegenwertfonds finanziert werden.

- (ii) Länder auf der Warteliste für einen derartigen Rückkauf und entsprechend hinausgeschobenen Verhandlungen (Warteliste aufgrund derzeitiger Nicht-Erfüllung der Bedingungen im Bereich Wirtschaftsreformen und/oder "Good Governance"),
- (iii) Länder, bei denen prinzipiell Verhandlungen über die Entschuldung begonnen werden können ("negotiations: go ahead"), und
- (iv) Länder, bei denen kein Rückkauf geplant ist, aber mit Verhandlungen wegen Nicht-Erfüllung der Bedingungen im Bereich Wirtschaftsreformen und/oder "Good Governance" zugewartet wird ("negotiations: wait and see").

Die Entschuldungsabkommen können den Erlass der Schulden prinzipiell von der Errichtung lokaler Gegenwertfonds abhängig machen (in diesen Fällen werden von der Regierung des Entwicklungslandes nur für einen Teil der erlassenen Schulden Gegenwertmittel bereitgestellt, wobei das Volumen unter anderem in Abhängigkeit der makroökonomischen Situation festgelegt wird). Die Gegenwertmittel sollen für Entwicklungsprojekte und/oder -programme auf Mikro- und/oder Makro-Ebene eingesetzt werden, wobei das von der "Entschuldungsstelle der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke" ausgearbeitete Konzept der "kreativen Entschuldung" zum Tragen kommen kann. Gemäss Vertrag DEH-BAWI vom 17.9.1991 hat die DEH die Federführung im Bereich der Durchführung bzw. Sicherstellung der zielgerechten Verwendung der lokalen Gegenwertfonds; bei Existenz von Koordinationsbüros der DEH werden tendenziell diese die Aufbau- bzw. Begleitarbeit vor Ort übernehmen, bei alleiniger Existenz von lokalen Begleitstrukturen schweizerischer Hilfswerke werden die letzteren - in Zusammenarbeit mit der "Entschuldungsstelle der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke" - tendenziell die Verwendung vor Ort sicherstellen; diesbezügliche Mischformen der Zusammenarbeit sind denkbar bzw. werden nötig sein.

Beilage 4

Beispiel eines bilateralen Umschuldungsabkommens, wie sie im Rahmen des Pariser Clubs mit den Schuldnerländern ausgehandelt werden

Deuxième Accord

entre

le Gouvernement de la Confédération suisse

et

le Gouvernement de la République du Cameroun

concernant

le rééchelonnement de dettes camerounaises

le Gouvernement de la Confédération suisse,

et

Le Gouvernement de la République du Cameroun

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal agréé et signé le 23 janvier 1992 à Paris entre représentants de certains pays créanciers, dont la Suisse, et représentants du Gouvernement de la République du Cameroun,


sont convenus de ce qui suit :



Article 1

- 1.1 Tombent sous les dispositions du présent Accord les dettes camerounaises ci-après, résultant de prêts gouvernementaux ou de crédits commerciaux garantis par la Confédération suisse et consentis au Gouvernement de la République du Cameroun ou bénéficiant de sa garantie, comportant initialement une durée de crédit supérieure à un an et ayant fait l'objet d'un contrat conclu avant le 31 décembre 1988, soit :
- a) montants en principal et en intérêts (y compris les intérêts de retard) payables au 31 décembre 1991 (inclus) et non réglés, y inclus les échéances résultant du premier accord de rééchelonnement de dettes du 10 novembre 1989 ;
 - b) montants en principal et en intérêts (à l'exclusion des intérêts de retard) dus du 1er janvier 1992 au 30 septembre 1992 (inclus) et non réglés, y inclus les échéances résultant du premier accord de rééchelonnement de dettes du 10 novembre 1989 ;
 - c) montants en principal et en intérêts (y compris les intérêts de retard) payables au 31 décembre 1991 sur les crédits commerciaux garantis comportant initialement une durée de crédit inférieure ou égale à un an et ayant fait l'objet d'un contrat conclus avant le 31 décembre 1991.
- 1.2 Le montant global de ces échéances s'élève à 9'422'063.30 francs suisses (y compris les intérêts de retard à capitaliser au 31 décembre 1991) sous réserve d'aménagements ultérieurs qui pourraient se faire d'accord parties.
- 1.3 Les montants sous chiffre 1.1 c) ne pourront faire l'objet d'un différé ultérieur.

Article 2

- 2.1 Les dettes de la République du Cameroun déterminées à l'article premier, alinéa 1.1 du présent Accord, seront remboursées comme suit :
- en ce qui concerne les dettes spécifiées sous a) :
- 100 % des montants en principal et en intérêts (y compris les intérêts de retard) en 16 versements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant
- 

- 3 -

le 15 novembre 1998 et le dernier le 15 mai 2006 ;

en ce qui concerne les dettes spécifiées sous b) :

100 % des montants en principal et en intérêts (à l'exclusion des intérêts de retard)

en 14 versements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 15 novembre 2000 et le dernier le 15 mai 2007.

en ce qui concerne les dettes spécifiées sous c) :

100 % des montants en principal et en intérêts (y compris les intérêts de retard) en 6 versements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 30 septembre 1992 et le dernier le 31 mars 1995.

Article 3


Les paiements prévus dans le cadre de cet Accord se feront en francs suisses librement convertibles par la Caisse Autonome d'Amortissement du Cameroun à une banque suisse à désigner.

Le Gouvernement de la République du Cameroun renonce à tout droit de compensation pour les montants exigibles en vertu du présent Accord. Il exécutera ponctuellement toutes les obligations prévues dans le présent Accord.

Article 4

Le Gouvernement de la République du Cameroun s'engage à payer un intérêt sur le solde débiteur du rééchelonnement. Cet intérêt sera calculé à partir de l'échéance contractuelle de ces dettes jusqu'à la date de leur paiement et sera versé semestriellement à une banque suisse à désigner, le 15 mai et le 15 novembre de chaque année, pour la première fois exceptionnellement le 31 août 1992. La comptabilisation se fera sous forme de compte courant tous les 6 mois.

Le taux d'intérêt sera de 7,625 % par an. Le calcul des intérêts se fera sur la base de mois à 30 jours et d'années à 360 jours.



- 4 -

Article 5

Les intérêts de retard à capitaliser au 31 décembre 1991 sur les échéances visées à l'Article 1, chiffre 1.1, alinéas a) et c) calculés au taux d'intérêt prévu à l'Article 4, soit 7,625 % par an, s'élèvent à 292'531.45 francs suisses au total.

Article 6


- 6.1. D'éventuels retards de paiement seront sujets à un intérêt de retard au taux d'intérêt prévu à l'article 4, soit 7,625 % par an, calculé à partir de 30 jours après la date des échéances fixées aux articles 2 et 4 du présent Accord jusqu'à l'entrée des fonds auprès de la banque suisse à désigner.
- 6.2. Ces intérêts de retard seront réglés dans les meilleurs délais à la banque suisse à désigner.

Article 7

Le Gouvernement de la République du Cameroun s'engage à payer les échéances dues et non réglées garanties par la Confédération suisse, et n'entrant pas dans le champ d'application du présent Accord, le plus tôt possible, et au plus tard le 31 mai 1992.

Article 8

Le Gouvernement de la Confédération suisse peut vendre ou échanger, après avoir consulté le Gouvernement camerounais, dans le cadre de conversions de dettes en projets pour la protection de l'environnement, en projets d'aide ou en investissements ou d'autres conversions de dette en monnaie locale, les montants d'encours allant jusqu'à 10 % des montants d'encours de créances au 31 décembre 1991 ou jusqu'à un montant de 20 millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique, si ce montant est plus élevé.



- 5 -

Article 9

Le Gouvernement de la République du Cameroun s'engage :

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera à tout autre pays créancier pour le refinancement ou le rééchelonnement de dettes de termes comparables ;
- b) à informer à cette fin le Président du Club de Paris des dispositions de tout accord de refinancement ou de rééchelonnement de dettes qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet Article.

Article 10

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à *Dakar*, le *14 mai 1992* en deux exemplaires en langue française.

Pour le Gouvernement de
la Confédération suisse:



Pour le Gouvernement de
la République du Cameroun:



Confidentiel

P r o t o c o l e

à l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse
et le Gouvernement de la République du Cameroun
concernant le rééchelonnement de dettes camerounaises du 14.5.92

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le
Gouvernement de la République du Cameroun sont convenus des
dispositions complémentaires à l'Accord de rééchelonnement
de dettes camerounaises du 14.5.1992

1. Sont déterminantes, pour les créances suisses résultant des dettes camerounaises qui font l'objet de la consolidation, les 5 listes figurant en annexe. Ces listes font partie intégrante de l'Accord. Elles pourront être modifiées (par exemple du fait d'annulations de commandes, de modifications de prix, de déclarations ultérieures) par accord entre les deux parties.
2. La banque à désigner prévue à l'Article 3 de l'Accord est le Crédit Suisse, case postale, 8021 Zürich.
3. D'éventuelles divergences quant à l'exécution de l'Accord seront réglées dans les meilleurs délais entre le Ministère des Finances et l'Ambassade de Suisse à Yaoundé, au besoin avec le concours de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures.
4. Les adresses des entités participant à l'exécution de l'Accord auquel se réfère le présent Protocole sont les suivantes :

- 2 -

Du côté suisse :

Office fédéral des affaires économiques extérieures
Département fédéral de l'économie publique
Palais fédéral
3003 Berne

Télex : 911 340 eda ch pour OFAEE
Téléfax : 031 61 23 30

Bureau de la Garantie contre les risques à l'exportation
Case postale
8032 Zürich

tél. : 01 384 47 77
Télex : 815 060 GERG CH
Téléfax : 01 384 47 87

Crédit Suisse
Financement à l'exportation
Case postale
8021 Zürich

Tél. : 01 333 53 32
Télex : 812 412 cs ch
Téléfax : 01 211 99 66

Du côté camerounais :

Ministère des Finances
République du Cameroun

Yaoundé

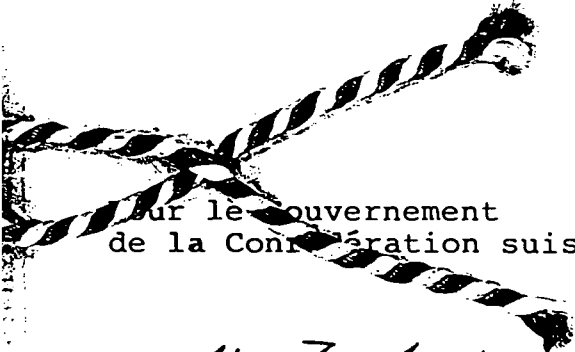
Télex : 0970 8260 KN
Téléfax : 00237 23 02 44



Caisse Autonome d'Amortissement du Cameroun
République du Cameroun
B.P. 7167

Yaoundé

Tél. : 00237 22 01 87 / 22 22 26
Téléx : 0970 8858 KN
Téléfax : 00237 22 01 29



Pour le Gouvernement
de la Confédération suisse:

N. Imboden

Pour le Gouvernement
de la République du
Cameroun

I. Nkomo



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Berne, le 27 octobre 1992

Au Conseil fédéral

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion
von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite vom März 1992

C o - r a p p o r t

à la proposition du DFEP du 29 septembre 1992

1. Nous proposons de limiter le rachat de créances - garanties et non-garanties - à celles détenues actuellement par des citoyens ou des entreprises suisses.
2. Les rachats opérés jusqu'ici par le BAWI portent sur des créances de 1,1 milliard de francs, dont 850 millions sont garantis par la GRE et 295 millions représentent la partie non-garantie.
3. Les dépenses correspondantes, à charge de la Confédération, représentent 58 millions de francs pour la partie non-garantie et 850 millions de francs pour la partie garantie, remboursée par la Confédération à la garantie contre les risques à l'exportation.
4. Le total des dépenses à charge de la Confédération dépassant ainsi 900 millions de francs, l'objectif fixé pour ce type d'opération lors du 700^e anniversaire de la Confédération (400 millions de francs) est largement dépassé.
5. Les opérations de désendettement sont faites par le rachat, par les pouvoirs publics, de créances au prix du marché. Nous sommes d'avis que c'est également à ce prix là qu'elles devraient à l'avenir être remboursées à la GRE, et non plus à leur valeur nominale.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES

Stich



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

5. Oktober 1992

Notiz an den Bundesrat

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite vom März 1992 / Antrag des EVD vom 29. September 1992

Der Bundesrat hat folgenden Teilentscheid getroffen:

1. Das EVD wird im Anschluss an die Rückkaufaktion der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite vom März 1992 und bis zu den eigentlichen Entschuldungsverhandlungen ermächtigt, das im Rahmen der multilateralen Vereinbarungen des Pariser Clubs anfallende bilaterale Umschuldungsabkommen mit Togo abzuschliessen. Dies sofern die Modalitäten gemäss Ziffer 2 erfüllt sind.
2. Die Modalitäten richten sich nach den sogenannten "Houston" und "Trinidad"-Bedingungen und sind die folgenden:
 - "Houston": Umschuldung zu marktnahen Zinssätzen mit einer Konsolidierungsperiode von bis zu 30 Jahren und einer Karenzfrist von bis zu 15 Jahren.
 - "Trinidad": Umschuldung mit einem Konzessionalitätsgrad von bis zu 70 % auf Basis des Gegenwartswerts.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des bilateralen Umschuldungsabkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.
4. Die entsprechenden Abkommen mit den vorgesehenen 21 weiteren Entwicklungsländern sind dem Bundesrat mit dem Antrag des EVD vom 29. September 1992 nochmals zu unterbreiten.

Für getreuen Protokollauszug

Martin Müller

geht an:

alle Departementschefs
 FC, AC, Mu, Reg
 HH Generalsekretäre



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2120.6

Bern, 13. November 1992

An den Bundesrat

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite vom März 1992

Stellungnahme

zum Mitbericht des EFD vom 27. Oktober 1992

1. Wir sind mit den im Mitbericht des EFD beantragten Aenderungen aus den unten angeführten Gründen nicht einverstanden.
2. Begründung

Gegenstand des Antrags des EVD ist die Pauschalermächtigung zur Durchführung von Konsolidierungsabkommen im Rahmen des Pariser Clubs mit Schuldnerländern, bei welchen ERG-garantierte Forderungen in der Folge der Rückkaufaktion vom März 1992 an den Bund übergegangen sind. Der Mitbericht des EFD bezieht sich nicht auf dieses Thema, sondern auf Rückkaufaktionen des Bundes, die bereits vom Bundesrat bewilligt wurden.

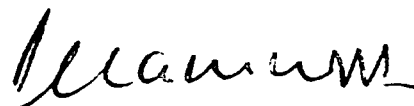
Das Konzept der schweizerischen Entschuldungsmassnahmen ist in den beiden Botschaften vom 21.2.1990 und 30.1.1991 genau umschrieben und wurde vom Parlament gutgeheissen. In diesen Botschaften wird das Ausmass der Vorschüsse, welche der Bund der ERG zu erlassen hat, beziffert und explizit darauf hingewiesen, dass solche Aktionen auch den Rückkauf ausländischer Forderungen beinhalten. Deren Einschluss wurde von der beratenden Kommission des Bundesrates für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe empfohlen.

Mit Bezug auf ERG-gedekte Forderungen beruht dieses Konzept auf dem Bundesbeschluss über Massnahmen zur Entlastung der ERG vom 14.12.1990, wo in Art. 2 festgehalten ist: "Der Bund erlässt der ERG Vorschüsse im Ausmass der Konsolidierungsguthaben, welche die ERG ihm abtritt." Diese Regelung stellt als Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens einen Kompromiss dar zwischen den Kreisen, die einer Entschuldung der Entwicklungsländer Priorität einräumten und jenen, welche die Entlastung der ERG als vordringlich ansahen. Sie stellt gleichzeitig den einzig gangbaren Weg zum Einbezug von ERG-Forderungen in Entschuldungsaktionen dar, da die ERG es sich nicht leisten könnte, Forderungen zu erlassen ohne Reduktion der dem Bund gegenüber zu verzinsenden Vorschüsse.

Das Parlament hat diesem Konzept auch in der Ueberlegung zugestimmt, dass der Erlass von Guthaben gegenüber der ERG die Finanzrechnung nicht belastet, und dadurch eine nicht-budgetwirksame Erhöhung der schweizerischen Entschuldungsanstrengungen möglich wird. Die Belastung der Erfolgsrechnung kann im übrigen durch die Auflösung von Rückstellungen reduziert werden. Der Erlass der Bundesvorschüsse für den ERG-gedeckten Teil ist somit nicht dem Rahmenkredit anzurechnen.

Bei einer Entschädigung der ERG zu Sekundärmarktpreisen würde sich die Unterdeckung der ERG wieder erhöhen, wodurch der Rückstellungsbedarf des Bundes zunähme und die Diskrepanz zwischen den Einnahmen der ERG aus Konsolidierungszinsen und den Zinsen, welche sie für die Verzinsung der Bundesvorschüsse aufnehmen muss, sich weiter vergrössern würde (1992 werden 90 Mio. Fr. des Bundesvorschusses von 270 Mio. Fr. an die ERG in Form von Zinszahlungen an den Bund zurückfliessen). Die genannte Diskrepanz wird sich gegebenenfalls vergrössern und einen Nachtragskredit erforderlich machen, wenn die Finanzverwaltung darauf beharrt, dass die Entlastung der ERG bei Entschuldungsaktionen entgegen dem Prinzip der Unteilbarkeit von ERG-Forderungen erst nach durchgeführter Entschuldung der einzelnen Länder erfolgt.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT





EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Berne, le 18 novembre 1992

Au Conseil fédéral

Bilaterale Umschuldungsabkommen im Anschluss an die Rückkaufaktion
von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite vom März 1992

réponse

à la prise de position du DFEP du 13 novembre 1992

I.

Nous proposons de terminer maintenant l'opération de désendettement du 700^e anniversaire, de procéder sans attendre aux remises de dettes prévues et de suspendre le rachat de créances commerciales non-garanties sur le marché secondaire international. Les crédits de paiement correspondants seront bloqués. Ils pourront servir à compenser des crédits supplémentaires sous d'autres rubriques de la coopération au développement et de l'aide humanitaire.

1. La Suisse reste pour l'instant seule à mener une telle opération de désendettement. Elle ne peut, à elle seule, avoir un effet significatif sur l'endettement des pays en développement (message du 30.1.91. pt. 322). Les possibilités de racheter des créances sur le marché suisse ont été épuisées et n'ont pas amené les résultats escomptés. En achetant des créances dans d'autres pays, nous n'aurions aucun contrôle sur le type de créances rachetées (livraison d'alcool, livraison d'armes, transfert de bénéfices camouflé par des livraisons fictives, créances liées à des trafics de drogues, à des opérations mafieuses ...).

- 2 -

2. La Confédération a déjà consacré plus de 900 millions de francs à cette opération, soit plus du double de l'objectif fixé pour le 700^e anniversaire de la Confédération (400 mio de francs pour des remises de dettes et 300 mio de francs pour le financement de programmes et de projets en faveur de l'environnement). Les fonds encore disponibles au budget 1992, au budget 1993 et dans les plans financiers ultérieurs seraient beaucoup mieux utilisés pour d'autres actions de coopération au développement ou d'aide humanitaire internationale pour lesquelles existent d'importants besoins non-couverts.

II.

Le projet de décision est complété ainsi:

1. in fine, ajouter:

"Les accords portent sur les créances en possession du BAWI au 18.11.1992."

4. (nouveau) La Confédération renonce à acheter de nouvelles créances sur le marché international.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES



Stich



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République de Zambie concernant le rééchelonnement de dettes zambiennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 18 novembre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République-Unie de Tanzanie concernant le rééchelonnement de dettes tanzaniennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 18 novembre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf **GERBER**, chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République Togolaise concernant le rééchelonnement de dettes togolaises.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 17 août 1995

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf **GERBER**, chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, ou Monsieur Peter von **GRAFFENRIED**, ambassadeur de Suisse au Cameroun, à signer l'Accord no IV entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République du Cameroun concernant le rééchelonnement de dettes camerouniennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 8 mars 1996

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf **G E R B E R**, chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République du Congo concernant le rééchelonnement de dettes congolaises.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 24 octobre 1996

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Nicolas I m b o d e n , Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux, ou son suppléant, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République de Sierra Leone concernant le rééchelonnement de dettes sierra-léoniennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 17 février 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES
qu'il a autorisé

Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République Centrafricaine concernant le rééchelonnement de dettes centrafricaines.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 3 juin 1994

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Otto Stich

Le Chancelier de la Confédération:

[Signature]



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES
qu'il a autorisé

Monsieur Willy H o l d , ambassadeur de Suisse au Cameroun, ou
Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral
des affaires économiques extérieures, responsable des relations
économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le
Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la
République du Cameroun concernant le rééchelonnement de dettes
camerouniennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et
le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du
Conseil fédéral.

Berne, le 3 juin 1994

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République du Congo concernant le rééchelonnement de dettes congolaises.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 28 octobre 1994

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République de Sierra Leone concernant le rééchelonnement de dettes sierra-léoniennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 12 janvier 1995

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Nicolas I m b o d e n , Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux, ou Monsieur Rolf G e r b e r , chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République de Guinée concernant le rééchelonnement de dettes guinéennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 15 juin 1995

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Rolf Gerber, chef de section de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, responsable des relations économiques avec les pays africains, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République de Guinée concernant le rééchelonnement de dettes guinéennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 21 janvier 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération.

Le Chancelier de la Confédération

direct au
H. Gerber

20.1.93

B.



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Walter G y g e r , Ambassadeur de Suisse au Mali, ou son suppléant, à signer l'Accord entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République du Mali concernant le rééchelonnement de dettes maliennes.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 17 février 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération: